

SIMON ERLANGER

Rothmund und der Antisemitismus



Heinrich Rothmund sei kein Antisemit gewesen. Dies war kürzlich in der «Weltwoche» zu lesen. Schon die Behauptung ebenda, die Schweiz habe weniger Juden zurückgewiesen, als bisher bekannt, hält der Überprüfung nicht stand (vgl. *tachles* 25/17). Wie steht es nun

mit der Exkulpation von Rothmund? 1888 geboren, war Heinrich Rothmund ab 1919 der erste Chef der Eidgenössischen Fremdenpolizei und von 1929 bis 1954 Leiter der Polizeiabteilung des Justiz- und Polizeidepartements (EJPD). Als solcher hat er die schweizerische Fremden- und Flüchtlingspolitik der Zwischenkriegs- und der Kriegszeit zentral geprägt. Lange vor 1938, als nach dem «Anschluss» Österreichs Tausende von Juden versuchten, in die Schweiz zu flüchten, war Rothmund einer der Architekten der schweizerischen Abwehrpolitik gegen die Einwanderung und die Niederlassung von Ostjuden. Wie das Historische Lexikon der Schweiz es formuliert, befürchtete Rothmund «eine Überfremdung der Schweiz und stufte die einwandernden Juden als nicht assimilierbar ein». Wie der Historiker Heinz Roschewski, Ex-Chefredaktor von Radio DRS und Ex-Mitarbeiter der «Jüdischen Rundschau Macabi», in seinem Buch «Rothmund und die Juden» nachweist, ging es Rothmund darum, die «Verjudung der Schweiz» zu verhindern. Dabei bewegte ihn «die allgemeine Sorge um die Ordnung auf dem Gebiet der Fremdenpolizei», wie er 1944 in einem Referat in St. Gallen erklärte. Ziel der gegenwärtigen Politik sei es, Kriegsspekulanten, Schieber und Wucherer aus der Schweiz zu entfernen, so Rothmund. Des weiteren seien Emigranten und Flüchtlinge eine Gefahr für die innere Sicherheit. Die Politik der Abwehr seit 1919, die Grenzschliessungen von 1938 und 1942/43, die Internierung der aufgenommenen Flüchtlinge und Emigranten in Arbeitslagern und Heimen, das strikte Arbeitsverbot und die Pflicht zur «Transmigration», zur Weiterreise, fasste Rothmund folgendermassen zusammen: «Es ist uns bis heute gelungen, durch systematische und vorsichtige Arbeit die Verjudung der Schweiz zu verhindern.» Es galt, sich «vor allem gegen eine Festsetzung wesensfremder Elemente mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln wehren».

Diese Worte sind eindeutig, auch wenn Roschewski betont, dass Rothmunds antisemitische Vorurteile weniger ausgeprägt gewesen seien als die mancher Obersten und Bundesräte. So verhinderte Rothmund etwa 1938, dass auch die Pässe der einheimischen Schweizer Juden gekennzeichnet worden wären, was Berlin im Gegenzug zur Einführung des «J» in den Pässen deutscher und österreichischer Juden als Gegenrecht so verlangt hatte.

Rothmund war aber nicht der Alleinverantwortliche der antijüdischen Flüchtlingspolitik. Diese wurde vom Gesamtbundesrat getragen und war politisch breit abgestützt. Erst im Gefolge der ersten politischen Aufarbeitung in den fünfziger Jahren distanzierte sich der Bundesrat von der eigenen Flüchtlingspolitik und wälzte die alleinige Verantwortung auf Rothmund ab.

Gegen die Politik des Bundes gab es in der Bevölkerung Proteste, so anlässlich der Grenzsperrung von 1942, als trotz Zensur die Deportationen der französischen, belgischen und holländischen Juden in die Vernichtungslager bekannt wurden. So etwa schreibt Robert Jezler, Adjunkt von Heinrich Rothmund, am 30. Juli 1942 an seinen Chef, dass man die bis anhin praktizierte Politik der Rückweisung überdenken müsse: «Die übereinstimmenden und zuverlässigen Berichte über die Art und Weise, wie die Deportationen durchgeführt werden, und über die Zustände in den Judenbezirken im Osten sind derart grässlich, dass man die verzweifelte Ver-

«Rothmund war einer der Architekten der schweizerischen Abwehrpolitik gegen die Einwanderung und die Niederlassung von Ostjuden.»

suche der Flüchtlinge, solchem Schicksal zu entziehen, verstehen muss und eine Rückweisung kaum mehr verantworten kann.» Trotzdem hielten die Behörden an der abweisenden Politik fest und intensivierten diese. So beschloss der Gesamtbundesrat am 4. August 1942, dass «künftig also in vermehrtem Masse Rückweisungen von ausländischen Zivilflüchtlingsen stattfinden müssen, auch wenn den davon betroffenen Ausländern daraus ernsthafte Nachteile (Gefahr für Leib und Leben, Anm. d. Red.) erwachsen können.» In Abwesenheit des zuständigen EJPD-Chefs Bundesrats Eduard von Steiger – er war gerade in den Ferien – nahm Heinrich Rothmund, am 7. August persönlich einen Augenschein an der Grenze im Jura. Dabei stellte er Folgendes fest: «Durch Wälder und tiefe Einschnitte vollkommen unübersichtliche Grenze, Ansammlung von Juden verschiedenster Nationalität im französischen Jura, ungenügende Kontrolle an der belgisch-französischen Grenze und im besetzten Frankreich, Vorbereitung der Reise bis an die Schweizergrenze schon am bisherigen Aufenthaltsort, wo bereits auch die Restaurants

in Belfort usw. bekannt waren, in denen die berufsmässigen Passeure zu finden waren.» Hunderttausende würden die Flucht in die Schweiz wagen, so die Befürchtung Rothmunds. Er entschloss sich darum, «in Abwesenheit des Departementvorstehers und auf eigene Verantwortung den Zustrom abzustoppen durch die harte Massnahme unserer Verfügung vom 13. August.» Darin findet sich die berühmt-berüchtigte Formulierung, «dass Flüchtlinge nur aus Rassegründen, z. B. Juden, nicht als Flüchtlinge gelten» und daher zurückzuweisen seien. Am 13. August 1942 verfügte Rothmund dann die Schliessung der Grenzen.

In seinem offiziellen Bericht zur Flüchtlingspolitik berichtet Carl Ludwig 1957 von einer Sitzung Rothmunds mit dem Centralcomité des Schweizerisch-Israelitischen Gemeindebundes (SIG) am 20. August 1942. Die SIG-Führung verwies auf das furchterliche Schicksal, das die Deportierten im Osten erwarte. SIG-Vizepräsident Saly Braunschweig sprach von der «Vergasung der Alten und der Kranken», die zur «chemischen Verwendung» benützt würden. Rothmund habe daraufhin wider besseres Wissen betont, «dass nach den Informationen, die man an der Grenze von deutschen Kommissären zu erhalten suche, den Zurückgewiesenen nichts geschähe, sondern dass man sie lediglich zur Arbeit veranlasse». Die SIG-Führung ging daraufhin auf Distanz zu Rothmund und zum EJPD. In Presse und Öffentlichkeit kam es trotz Zensur zu Protesten. In seiner Herbstsession im September debattierte der Nationalrat über die Grenzsperrung. Er kritisierte zwar Rothmunds weitreichende Kompetenzen, Bundesrat von Steiger erhielt aber letztlich von den Fraktionen Sukkurs. Trotzdem wurde die Grenzsperrung vorübergehend gelockert. So ordnete Bundesrat von Steiger an, in «besonderen Fällen» von Rückweisungen abzusehen. Laut Weisungen vom 26. September 1942 sollten Flüchtlinge, denen es gelungen war, ins Landesinnere zu gelangen, nicht mehr ausgeschafft werden. Zwar hatten «Flüchtlinge nur aus Rassegründen» weiterhin kein Anrecht auf Asyl. Ausgenommen waren jedoch Härtefälle: schwangere Frauen, Kranke, Personen im Alter von über 65 Jahren, allein reisende Kinder unter 16 Jahren, Eltern mit eigenen Kindern unter 16 sowie Flüchtlinge, die nachweisen konnten, dass sie Verwandte in der Schweiz oder enge Beziehungen zur Schweiz hätten. Selbst jetzt galt folgende Weisung: «Ausnahmslos zurückzuweisen sind französische Juden, da sie in ihrem Heimatland nicht gefährdet sind.» Die öffentlichen Proteste klangen im Laufe des Herbstes ab. Prompt verschärfte Rothmunds Polizeiabteilung die Aufnahmepraxis wieder. Am 29. Dezember 1942 wurde das Grenzgebiet, wo Militär, Grenzschutz und Polizei Rückweisungen von Flüchtlingen vornehmen durften, auf einen Gebietsstreifen von 10 bis 12 Kilometern erweitert. Die Rückweisungen hatten «sofort und ohne weiteres» zu erfolgen. Über eine Rückweisung war an

JACQUES UNGAR

Ein Schandfleck namens UNESCO



Die jüngste UNESCO-Abstimmung über Hebron vom vergangenen Freitag sei in verschiedener Hinsicht «tragisch» und stelle einen «Affront gegen die Geschichte» dar. Die USA würden als Folge der Verabschiedung dieser antiisraelischen Resolution ihre

Beziehungen zu dieser Weltorganisation einer Prüfung unterziehen.

Mit diesen unmissverständlichen Worten regierte Nikki Haley, die amerikanische Uno-Botschafterin, auf die zweite antiisraelische Resolution, welche die Uno-Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur innert weniger als einer Woche verabschiedet hat. Demnach sei das Patriarchengrab in Hebron eine «sich in Gefahr befindliche» Stätte des palästinensischen Erbes. Das Patriarchengrab, in dem notabene die Stammväter Abraham, Isaak und Jakob begraben liegen, zusammen mit den Stammmüttern Sara, Rivka und Lea. Sollte jemand Zweifel an der ethnischen Zugehörigkeit dieser Personen hegen, sei ihm oder ihr ins Ohr geflüstert: Sie sind allesamt jüdischer Abstammung, und der von Stammvater Abraham getätigte Kauf des Patriarchengrabes von Hebron ist in der Bibel verbrieft. Nimmt man den in Uno-Organisationen seit Jahrzehnten unverändert dominierenden antiisraelischen und antijüdischen Geist zum Massstab aller Dinge, will diese Feststellung allerdings wenig besagen. Im Gegenteil: Sollte die UNESCO bei nächster Gelegenheit auf der Suche nach einem Thema für einen weiteren antijüdischen Kreuzzug in Verlegenheit geraten, wäre es doch ein Leichtes, die Bibel zum palästinensischen Dokument zu «taufen» und die genannten Stammväter und -mütter zu palästinensischen Ehrenbürgerinnen und Ehrenbürgern zu machen.

Greifen die UNESCO-Gewaltigen dann noch zum kläglichen Trick, im Gegensatz zu sonstigen Gepflogenheiten eine antijüdische Resolution vermittels geheimer Abstimmung durchzupeitschen, dann wäre alles bestens im Sinne der Palästinenser gebengt.

So gut Nikki Haleys Worte in israelischen und jüdischen Ohren klingen mögen, so befremdlich erscheint es, dass die amerikanische Botschafterin sich nach und nach als exklusive internationale Stimme zu Gunsten Israels etabliert. Nicht die Tatsache befremdet, dass Haley sich für Israel einsetzt, aber sehr wohl die Tatsache, dass Nationen mit einer oft jahrtausende alten jüdisch-christlichen Kultursymbiose sich aus politischem Opportunismus für diesen makabren Mummenschanz

«Die klägliche internationale Opportunität gehört angeprangert und boykottiert.»

hergeben und Haleys Stimme in internationalen Foren allmählich zum Solopart verkümmern lassen.

Andere Mittel als die ständigen, sich immer mehr an den Realitäten abschleifenden diplomatischen Proteste müssen her, um die Damen und Herren in ihren Uno-Zentren in New York, Paris oder Genf wachzurütteln. Israel ist zugegebenermassen auf internationale Kontakte politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Natur angewiesen – doch nicht um jeden Preis!

Länder, die solch hahnebüchenen Quatsch wie die UNESCO-Resolutionen zu Hebron oder zu Je-

rusalem befürworten oder sich auch nur der Stimme enthalten, sind der Beziehungen zu Israel gar nicht würdig. Wenn die Regierung Netanyahu auch nur ein Minimum an internationaler Selbstachtung besitzt, sollten die Beziehungen zu diplomatischen Speichelleckern in der UNESCO, der Uno und ganz zu schweigen vom unmenschlichen Menschenrechtsrat, abgebrochen werden, und zwar ohne Rücksicht auf eigene Verluste, und nicht nur als kurzfristige Formalität, um dem eigenen moralischen Wohlbefinden Genüge zu tun. Netanyahus Streben nach Osteuropa, Skandinavien und Afrika in Ehren, doch wenn die betreffenden Staaten nicht genügend Zivilcourage aufbringen, um das Geschehen in der UNESCO als das zu titulieren, was es ist – eine ausgekochte Schweinerei –, dann haben sie nichts verloren in Jerusalem. Die doppelte Moral muss ihr Ende finden, wenn schon nicht seitens der pathetischen Uno-Jasager, dann wenigstens in Israel und dem jüdischen Volk. Die klägliche internationale Opportunität gehört angeprangert und boykottiert. Auf kultureller, politischer und wirtschaftlicher Ebene, und zwar ohne Wenn und Aber. Oder wollen wir uns langfristig ins eigene Fleisch schneiden? Dann schon lieber die lächerlichen UNESCO-Resolutionen dorthin befördern, wo sie zusammen mit ihren geistigen Vätern gehören: Auf den Misthaufen der Gegenwartsgeschichte.

PS: Dieser Kommentar wurde am Fasttag des 17. Tamus verfasst, an dem jüdische Gemeinden in aller Welt seit Jahrtausenden des Beginns der Zerstörung des Tempels zu Jerusalem gedenken. Würde es nach der UNESCO gehen, müssten wir uns möglichst rasch nach einem neuen Konzept umsehen, hat die Uno-Bildungs- und -Kulturorganisation (sic!) doch bestimmt, dass wir Juden mit der Jerusalemer Westmauer rein gar nichts am Hut haben.

Jacques Ungar ist Leiter des Nahostbüros von tachles in Jerusalem.

die Polizeiabteilung einzig eine kurze Meldung mit den Personalien des Flüchtlings zu erstatten. Dabei war auch die Konfession anzugeben. Jede Kontaktaufnahme der Flüchtlinge mit Hilfsorganisationen oder diplomatischen Vertretungen war zu unterbinden. War eine Rückweisung am selben Ort nicht mehr möglich oder leisteten die Flüchtlinge Widerstand, so waren sie direkt den «ausländischen Grenzorganen» zu übergeben. Die Altersgrenze, die Kinder vor der Rückweisung schützte, wurde auf 6 Jahre herabgesetzt. «Bern spielt Vichy», wie der Journalist Felix Stössinger damals notierte. Ihm war mit Frau Charlotte und Sohn Hansi die Flucht nur knapp gelungen. In der Folge wurde er mit seiner Frau interniert. Sohn Hansi durchlief mehrere schweizerische Arbeitslager.

Was bewegte Rothmund? Das lässt sich aus folgendem Zitat erahnen, anlässlich eines Arbeitsbesuchs in Deutschland vom 12. Oktober bis zum 6. November 1942. Von einem Mittagessen mit Offiziellen von Staat, Partei und SS im Konzentrationslager (KZ) Sachsenhausen bei Oranienburg berichtet Heinrich Rothmund folgendes: «Ich versuchte den Herren klarzumachen, dass Volk und Behörden in der Schweiz die Gefahr der Verjudung von jeher deutlich erkannt und sich stets so dagegen gewehrt haben, dass die Nachteile der jüdischen Bevölkerung durch die Vorteile wettgemacht wurden, während das in Deutschland nicht der Fall war. (...) Die jüdische Rasse ist geschichtlich erprobt, zäh und stark gegenüber Verfolgungen. Sie hat bisher allen Ausrottungsversuchen standgehalten und ist immer wieder gestärkt daraus hervorgegangen.

Aus diesen Überlegungen scheine mir, so schloss ich meine Ausführungen, die deutsche Methode falsch zu sein und gefährlich für uns alle, weil sie uns letztendlich die Juden auf den Hals jage.» Beim – unvorstellbaren – Business Lunch im KZ wird klar, wie Rothmund dachte. Zwar unterschied er sich in der Konsequenz vom eliminatorischen Erlösungsantisemitismus der Nazis und lässt im Gespräch die Möglichkeit zu, dass «der Jude ein nützliches Glied der Volksgemeinschaft ist und sich mit der Zeit anpassen kann». Er äussert aber keinen Protest und teilt die Grundprämissen seiner Gesprächspartner. Die Angst vor Verjudung und Überfremdung liessen ihn zum Komplizen werden.

Simon Erlanger ist Historiker, Journalist und Dozent an der Universität Luzern.